



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

Fernsprecher 2 09 51/52

Hannover, Georgstraße 33

P/IV/159

4.11.1949

Krasse Fehlentscheidung

P.R. "Der Beschluss des Parlamentarischen Rates, Bonn zur vorläufigen deutschen Hauptstadt zu wählen, kann wohl als die blamabelste Disposition bezeichnet werden, die diesem Gremium unterlaufen ist", schrieb die Züricher "Tet", die man gewisse nicht sozialdemokratischer Sympathien verdächtigen kann, zu der ersten Wahl am 10. Mai. Der Beschluss des Bundestages, der die seinerzeitige Vorentscheidung bestätigt, wiegt doppelt schwer. Zwischen beiden Entscheidungen liegt mehr als ein halbes Jahr und in dieser Zeit ist mit unendlicher Mühe der klare Beweis dafür geführt worden, dass die Wahl von Bonn eine unverantwortliche Verschwendung von Steuergeldern in Höhe von annähernd 150 Millionen Mark, dass sie ausserdem vollkommen unpraktisch und widersinnig ist, gemessen an den Aufgaben der Hauptstadt eines Landes vom Umfang der deutschen Bundesrepublik.

Aber es sind von Beginn an ja nicht praktische, sondern politische Gesichtspunkte massgebend gewesen, die Adenauer veranlassten, sein übersteigertes Geltungsbedürfnis einzusetzen, um Erfolg zu haben. Adenauer hat mit allen Mitteln des Druckes auf seine Freunde gearbeitet, auch mit denen einer klaren Irreführung. Nur ein Beispiel sei erwähnt: In dem Schreiben Adenauers an Dr. Köhler, in dem er über die schriftliche Antwort des Hohen Kommissars auf sein Schreiben vom 29.10. berichtet, heisst es u.a. wörtlich: "Aus der Antwort ergibt sich folgendes: "1. Frankfurt wird nicht besatzungsfrei..." In dem Schreiben der Hohen Kommissars an den Kanzler heisst es aber u.a. wörtlich: "Frankfurt wird von allen Truppen geräumt werden und die Stadt selbst wird frei von allen alliierten Stabsstellen sein, mit Ausnahme einer Enklave um das vorhandene IG-Farben-Hochhaus". Auch war es ein unsauberes Verfahren, durch eine ausführliche Regierungserklärung unmittelbar vor der Abstimmung nur die eine Seite zu Wort kommen zu lassen, während man sich darauf ge-

einigt hatte, das Thema im Plenum nicht mehr zu diskutieren. Auch der Vorsitzende des Hauptstadt-Ausschusses erklärte, dass der Ausschuss infolge der Kürze der Zeit leider nicht mehr zu der in letzter Minute von der Regierung abgegebenen - ganz einseitigen - Erklärung Stellung nehmen könne.

Den Ausschlag haben also die persönlichen Wünsche Adenauers gegeben. Bonn ist die örtliche Verkörperung seiner politischen Konzeption. In Bonn ist er in jedem Sinne des Wortes zuhause, vor allem politisch - der Kölner Dom liegt in seinem Blickfeld als Wahrzeichen seiner unbedingten Ergebenheit gegenüber den politischen Wünschen der katholischen Kirche. Bonn trägt, im scharfen Gegensatz zu Frankfurt, keinerlei Züge auch nur eines gemäßigten Fortschritts, es ist eine Stadt mit feudaler, gerauer gesagt reaktionärer Tradition. Besser als in jeder anderen Stadt kann hier Adenauer seiner Neigung nachgeben, sich von den unbequemen politischen Forderungen des Alltags zu distanzieren. Dass wichtige Ämter der Verwaltung nun noch lange vom Sitz der Regierung fernbleiben müssen, weil in Bonn erst allmählich und auch auf lange Sicht nur unzureichend Platz geschaffen werden kann, wird den Adenauerschen Hang zu selbstherrlichem Regieren nur entgegenkommen. Was nicht gegenwärtig ist, stört weniger als die notwendige ständige Rücksichtnahme auf unleugbare Tatsachen, beweiskräftige Akten, unbequeme Ziffern, die ihm in jedem Augenblick vorgehalten werden können, weil sie griffbereit sind.

Man hat auf Seiten der Anhänger Bonns mit dem Hinweis operiert, die deutsche Bevölkerung würde es nicht verstehen, wenn man nach dem einmal gefassten Beschluss des Parlamentarischen Rates sich jetzt, nachdem die Maschine in Bonn angelaufen sei, wieder für Frankfurt entscheiden würde. Viel wahrscheinlicher ist aber, dass die Bevölkerung, die schon den ersten Bonner Beschluss vom Mai als einen Schildbürgerstreich bewertete, das Beharren auf einem offenkundigen Unsinn kaum als ein Zeichen von Einsicht, sondern als eine beleidigende Missachtung der Interessen des Steuerzahlers ansehen wird. Ebenso fehl geht die Erklärung, Frankfurt würde eine viel stärkere Festlegung auf einen westdeutschen Staat bedeuten als Bonn, dessen Wahl das Provisorische viel stärker unterstreichen würde. Dass Berlin doch wieder die eigentliche spätere Hauptstadt Deutschlands sein muss - das bestreitet im Grunde niemand, auch der Bundeskanzler wagt es nicht. Dagegen hätte auch Frankfurt nichts unternehmen können und auch nicht wollen. Aber es wird entscheidend für die Zukunft eines

wieder vereinten Deutschland sein, ob die Zwischenzeit von der Atmosphäre der bürokratischen Kleinstadt am Rhein oder dem so ganz anders gearteten politischen Klima der Grosstadt am Main bestimmt wird.

Vielleicht hätte die Wahl Frankfurts eine gewisse akute Stockung im Ablauf der Regierungsgeschäfte und der Parlamentsarbeit mit sich gebracht - die Wahl Bonns wird bestimmt eine permanente und sehr erhebliche Störung bedeuten. Die Deutsche Bevölkerung in ihrer überwiegenden Mehrheit wird die Wahl von Bonn als das Ergebnis eines unerfreulichen, weil vor allem unsachlichen Spieles hinter den Kulissen ansehen, das gegen alle politische Vernunft mit einer krassen Fehlentscheidung endete. Dieser Schaden wiegt noch schwerer als die finanzielle Mehrbelastung.

Bonn und der Artikel 113

sp. Es ist nach unseren Informationen nicht anzunehmen, dass nach der Wahl von Bonn zum endgültig vorläufigen Sitz der Bundesregierung von der Seite der bei der Abstimmung unterlegenen Abgeordneten, also in erster Linie der sozialdemokratischen, Versuche unternommen werden, die auf eine Korrektur des Beschlusses vom 3. November abzielen.

Die Hinweise in Berichten und Kommentaren auf ein Einspruchsrecht des Bundesrates in Fällen von Bundestagsbeschlüssen, die zusätzliche Kosten verursachen, scheinen uns nicht stichhaltig zu sein. Der Artikel 113, an den hierbei offenbar gedacht wird, bestimmt lediglich, dass Beschlüsse des Bundestages und des Bundesrates dann der Zustimmung der Bundesregierung bedürfen, wenn durch sie die von der Bundesregierung vorgeschlagenen Ausgaben des Haushaltsplanes erhöht oder neue Ausgaben damit verbunden werden oder für die Zukunft zu erwarten sind. Da ein ordentlicher Bundeshaushalt aber noch gar nicht besteht, kann er auch nicht überschritten werden.

Die Bundesregierung wird also nun ihre Dispositionen auf dem Beschluss vom 3. November aufbauen können. Erst in einiger Zeit wird man ein abschliessendes und an Tatsachen erhärtetes Urteil über die materiellen Auswirkungen abgeben können. Es wird sich nach Auffassung der Opposition weitgehend mit den Feststellungen des Hauptstadt-Ausschusses decken.

(m/1/411/hs)

Wo bleibt der deutsche Konsul?

P.H. Santiago de Chile, im November

Die Hoffnung der Auslandsdeutschen und deutschen Emigranten, dass mit der Bildung der Bonner Regierung endlich ihre staatsrechtliche Lage geklärt würde, hat sich nicht erfüllt. Im Gegenteil, die Vertretung der Deutschen im Ausland ist noch dadurch komplizierter geworden, dass sich die Besatzungsmächte die Betreuung der Deutschen im Ausland in neuer Form aufgeteilt haben. Während man sich bisher, wollte man eine Angelegenheit in der britischen Zone erledigen, an den britischen Generalkonsul wenden konnte, wird man heute, je nachdem, in welchem Lande man lebt, an den britischen, französischen oder amerikanischen Konsul verwiesen. So sind z.B. alle Angelegenheiten deutscher zivilrechtlicher Art für Deutsche in Chile auf den nordamerikanischen Generalkonsul übergegangen und Deutsche, die schon weit fortgeschrittene Regelungen mit dem britischen Generalkonsulat getroffen hatten, bekamen plötzlich den Bescheid, dass ihre Angelegenheiten nicht weiter behandelt werden könnten, sondern vom US-Generalkonsulat übernommen worden seien. So ergab sich häufig die groteske Situation, dass manchem Antragsteller, dem nach monatelangen Verhandlungen nur noch die letzte Formalität fehlte, jetzt vom US-Generalkonsulat gesagt wird, dass dieses Konsulat von sich aus weder Visum erteilen, noch Verlängerungen vornehmen könne, sondern erst bei der englischen Besatzungsbehörde in Deutschland nachfragen müsse. Und Wochen und Monate vergehen und der Gesuchsteller, der vielleicht mit viel Mühe eine Dampferkarte erstanden hatte, sitzt weiter in Chile. Schon ist Wartenden der Rat gegeben worden, doch das ganze zeitraubende und kostspielige Rückreiseverfahren noch einmal einzuleiten, heute bei den Nordamerikanern, natürlich mit anderen Fragebogen, mit neuen Spesen und mit der Aussicht, in einem Jahre glücklich die Papiere vollständig zweimal in der Hand und naturgemäß zweimal bezahlt zu haben. Wovon der Betroffene, der alles für die Rückreise abgebrochen und liquidiert hatte, in der Zwischenzeit leben soll, darum kümmert sich niemand...

Die Angelegenheit beginnt aber auch, eine sehr ernste politische Wendung zu nehmen. Angehörigen deutscher Offizierskreise, die Beziehungen zur Ostzone haben, ist in diesen Tagen aus der Ostzone

geraten worden, das "lächerliche Antichambrieren" vor den englischen und nordamerikanischen Konsulaten einzustellen und sich vorläufig

nach Argentinien zu begeben. Die neue Ostdeutsche Republik werde bald in Buenos Aires, der Hauptstadt Argentinien, ein Generalkon-

sulat errichten, sei es in eigenen Hause, sei es als Gast der sowjetrussischen Botschaft in Buenos Aires, aber auf jeden Fall mit deut-

schem Personal, das die Vollmacht haben werde, alle Deutschen, ohne Ansehen der politischen Vergangenheit und aus welcher Besatzungszo-

ne, zu beraten und vor allem Rückreisen billigt und ohne Bürokratismus schnellstens zu regeln.

Deutsche kommunistische Emigrantenkreise in Buenos Aires wollen weiter wissen, dass die Repatriierung von Argentinien aus in naher

Zukunft auf einer direkten Dampferlinie erfolgen könne, da Argentinien mit seiner staatlichen Handelsmarine und Ostdeutschland unter

sowjetrussischer Flagge (um Belästigungen durch Engländer und Nordamerikaner zu vermeiden), aber mit deutschen Schiffen unter deut-

schen Kapitänen und mit deutscher Besatzung einen Gemeinschaftsdienst Buenos-Aires - Lissabon - Hamburg - Stettin - Leningrad einrichten

würden.

Angesichts der Sehnsucht nach der Heimat oder der Dringlichkeit, mit der viele Auslandsdeutsche in Südamerika nach Deutschland

zurückmüssen, ist nicht daran zu zweifeln, dass Sowjetrussland in Ostdeutschland genügend ehemalige deutsche Diplomaten finden wird,

deren Art, ihre Landsleute zu bedienen und zu betreuen, sich sehr von dem Bürokratismus unterscheiden wird. Und Sowjetdeutschland

hat eine neue glänzende Propagandawaffe...

Aufgabenteilung im DGB-Vorstand

Der Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) trat am 31. Oktober zu seiner ersten Sitzung zusammen. Bei dieser Gelegenheit wurde die Verteilung der verschiedenen Ressorts und Referate vorgenommen. Der erste Vorsitzende, Dr.h.c.Kans Böckler, wurde mit keinem besonderen Referat belastet, ihm untersteht lediglich die Pressestelle des DGB, nicht jedoch das Pressereferat. Der stellvertretende Vorsitzende, Matthias Föcher, wird das Referat "Schulung und Bildung" und Georg Reuter das Pressewesen übernehmen. Bundesvorstandsmitglied Albin Karl wird die Abteilung Organisation, Hans vom Hoff Wirtschaft, Hans Böhm die Abteilung Angestellte und Beamte, Willi Richter die sozialpolitische Abteilung und Erich Bührig das Arbeitsrecht übernehmen, Die Frauenarbeit wird von Thea Hartmuth und das Jugendreferat von Willi Ginhold übernommen. Ludwig Rosenberg wird das neu geschaffene Referat "Verbindung zu den anderen Organisationen, Behörden etc." übernehmen, ausserdem obliegt ihm die Pflege der internationalen Beziehungen.

S.N.

*

Mit dieser Aufteilung der Referate sind die wichtigen Abteilungen Jugend, Frauen und Bildung christlichen Gewerkschaftern übertragen worden. Das wäre bei der bisherigen betont konfessionellen und parteipolitischen Neutralität bedeutungslos, hätte nicht Hans Böckler auf dem Münchener Kongress ausdrücklich und betont dieses Neutralitätsprinzip durchbrochen und erklärt, es komme ihm darauf an, die christlichen Gewerkschaftler im neuen DGB-Vorstand stärker zu berücksichtigen. Zugleich hat auch Frau Thea Hartmuth die Erklärung abgegeben, dass sie sich nicht als die Vertreterin der Frauen im DGB, sondern als Exponentin der christlichen Gewerkschafter fühle.

Solche Erklärungen stimmen bedenklich und sind geeignet, die Geschlossenheit der gewerkschaftlichen Organisation und Willensäußerungen zu gefährden. Es steht zu hoffen, dass sich aus der praktischen Tätigkeit dieser Abteilungen kein Anlass zu konfessionellen und politischen Auseinandersetzungen ergibt, die anlässlich dieser Erklärungen bisher vermieden wurden.

(m/3/411/hs)

Nachrichten aus der Ostzone :KPD sucht "Gut ausschende Frauen"

sp.- Unmittelbar nach der Übernahme durch die NKPD hat die Ostzonen-Gestapo (jetzt K(D), früher K 5) den Auftrag erhalten, Belastungsmaterial gegen "Schumacherlinge", Titoisten und Saboteure" zusammenzutragen. Es ist also in Kürze mit Schauprozessen in der Ostzone zu rechnen. Die Abteilung K(D), die jetzt von den Sowjets finanziert wird, wirbt zur Zeit "gut ausschende Frauen". In der Provinz ansässige linientreue Kommunisten, die ihre "Zuverlässigkeit" in den bisherigen Kommissariaten 5 mehrfach unter Beweis gestellt haben, werden jetzt nach Berlin einberufen und in einem Sonderlehrgang für wichtige Schlüsselstellungen in der neuen Ostzonen-Gestapo geschult.

Ostzonen-Normen werden erhöht.

sp.- In der "Einheit", der Zeitschrift des SEP-Parteiverbandes, Nr. 9, wird zur "Erhöhung der Arbeitsnormen und breiteren Anwendung des Leistungslohnes" in der Industrie der sowjetischen Besatzungszone aufgefordert. Die jetzt gültigen Arbeitsnormen entsprechen nicht mehr dem Willen und dem Leistungsvermögen der fortschrittlichen Arbeiter". Nach Beschluss des SEP-Zentralvorstandes sollen die bisherigen Normen z.B. im Erzbergbau bis zu 20%, in der Maschinenbau und -metallverarbeitenden Industrie bis zu 25%, in der Textilindustrie bis zu 30% und in der übrigen Leichtindustrie ebenfalls bis zu 25% erhöht werden.

Immer noch "Volks"richter

sp.- Die Zahl der Fachjuristen in der Ostzone nimmt ständig ab. In Brandenburg sind von 187 zur Zeit amtierenden Richtern 54% aus Volksrichterkursen hervorgegangen. Thüringen will spätestens 1950 alle akademisch gebildeten Richter und Staatsanwälte durch Volksrichter ersetzt haben.

Neuer Feldzug gegen die Gewerbetreibenden

sp.- In Thüringen werden neuerdings Handwerksbetriebe mit mehr als zehn Arbeitern und Angestellten aus der Berufsgruppe Handwerk ausgeschlossen, weil sie als "Unternehmer" anzusehen sind.

FDJ stellt Offiziersanwärter

sp.- Ab sofort müssen die "aktivsten" Funktionäre der FDJ zur Volkspolizei abgestellt werden, wo sie in Offiziersanwärterlehrgängen für die Besetzung wichtiger Funktionen in den Volkspolizeikaedern herangebildet werden.

: : : : :